

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens.

Inserate kosten die achtspaltige Nonpareille oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das sechsspaltige Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf.

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schwierige Lage in Amerika.

Schnapsgeger gegen die U. S. B.

Die Forderungen der amerikanischen Eisenbahner.

*** Fortdauer des Grubenarbeiterstreiks in Yorkshires.**
T. U. Amsterdam, 6. August.
Dem „Telegraph“ wird aus London gemeldet: Der Ausstand der Grubenarbeiter in Yorkshires dauert noch fort. Einige weitere Gruben in Yorkshires sind erschlossen.

Aus New York wird gemeldet: Der Ausschuss der amerikanischen Eisenbahner hat dem Kongress eine Gesetzentwürfe unterbreitet, die folgende Punkte enthält: 1. Verstaatlichung der Eisenbahn durch die Regierung, der Übernahmepreis ist von einem Ausschuss festzusetzen. 2. Ernennung eines Direktors aus 15 Mitgliedern, 5 davon werden vom Präsidenten ernannt, 5 durch die Beauftragung der Eisenbahn und 5 durch das Personal. 3. Nachdem alle Ausgaben bezahlt worden sind, wird der Reingewinn der Allgemeinheit und Angestellten zufließen. 4. Wenn die Angestellten 5 Prozent des Kapitals als Jahresgewinn erhalten, werden sofort die Frachtpreise verringert. 5. Neue Bahnen und neue Linien werden auf Kosten der Gemeinde gebaut, die am meisten Nutzen davon hat, und zwar im Verhältnis zu dem Vorteil, den sie von der neuen Verbindung haben könnte.

Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen ans Frankreich.

Im französischen Kammerauschuss teilte Bloch nach einer Journalmeldung gestern mit, daß die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen frühestens Mitte September beginnen könne.

Im vorigen Jahr hat der Reichstag das Branntwein-Monopol beschlossen und dabei, gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten, den Schnapsbändlern große Entschädigungssummen zugesprochen, sobald das Monopol in Kraft tritt. Das ist in seinem ganzen Umfang bis jetzt noch nicht geschehen, doch kurz vor ihrem Zusammenbruch hat die kaiserliche Regierung die Bestimmung des Monopolgesetzes in Kraft treten lassen, durch die vorläufig zu der bisherigen 114-Mark-Verbrauchsabgabe für den hektoliter Spiritus ein Zuschlag von 675 Mark erhoben wird, so daß auf den Liter Schnaps von 33% Prozent Alkoholgehalt statt wie früher 38 Pf. nun 2,63 M. Steuer entfallen.

Amnestiegesetz in Frankreich.

Die Justizkommission der französischen Kammer nahm gestern das Amnestiegesetz an und beauftragte, daß der ehemalige Minister des Innern, Ralou, in die Amnestie eingeschlossen werde.

Sobald das ganze Monopolgesetz in Kraft tritt, was durch Verordnung des Reichspräsidenten jederzeit erfolgen kann, wird der Spiritus nur noch von der Reichs-Monopolverwaltung zu Trinkbranntwein verarbeitet und zwar zu einem Preise, bei dem für das Reich noch Abzug sämtlicher Unkosten an jedem Hektoliter Spiritus 800 Mark Reingewinn bleiben, so daß das Liter Reichsbranntwein mindestens 3,50 M. kosten wird.

Die Eisenbahner drohen mit der Lahmung des Verkehrs.

Das Verkehrsministerium meldet aus Washington, daß der Senat die Debatte über den Eisenbahnvertrag hat, um sich den Beratungen über die Lebensmittelfrage zu widmen. Die Eisenbahner und Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten haben den Vorschlag Wilsons zur Erhebung eines Bundes-Kommissionen zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten abgelehnt und dem Präsidenten die Mitteilung gegeben lassen, daß, wenn der Kongress nicht die Mittel zur Befriedigung ihrer Forderungen beschafft, der Lokomotivverkehr spätestens im September lahmgelegt werden wird. Presseberichte zufolge sprechen die Eisenbahngesellschaften davon, daß sie nicht nur die „Demonstration“ der Eisenbahnen, sondern auch der fundamentalen Industrien, wie z. B. der Kohlen, des Stahls und der anderen Industrien fordern wollen. Die Arbeiter sind für einen Plan, demzufolge die Regierung diese Industrien auslaufen und den Arbeitern einen Teil am Gewinn geben soll.

Rücktransport der russischen Kriegsgefangenen aus Deutschland.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge, meldet „Times“ aus Paris, daß die Frage der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, deren Zahl ungefähr auf 300 000 geschätzt wird, seit einiger Zeit den Obersten Rat beschäftigt. Obwohl ihre Rückkehr nach Rußland die Armee der Bolschewisten verstärken wird, hat der Oberste Rat beschlossen, Deutschland mitzuteilen, daß ihre Rückkehr in die Heimat nicht behindert werden darf.

Die Verarbeitung des Spiritus zu Trinkbranntwein, die bisher von den Destillateuren vorgenommen wurde, übernimmt dann das Reich, das den Branntwein direkt an die Händler absetzt. Die Destillateure werden entschädigt und erhalten dafür eine Entschädigung, die in der Vergrößerung des Monopolumsatzes auf 40 Millionen Mark berechnet wurde, und zwar nach dem Umsatz, den sie im Geschäftsjahre 1913/14 gehabt haben. Während also alle anderen Geschäftsteile, deren Umsatz durch den Krieg zurückging, den Schaden selber tragen müssen, werden die Destillateure, auch wenn sie während des Krieges gar keinen Trinkbranntwein herstellten und sich anderen Gewerbezweigen zuwandten, bei denen sie reichlich verdienten, trotzdem entsprechend ihrem Umsatz vor dem Kriege „entschädigt“. Sie machen also am Kriege ein glänzendes Geschäft — und nicht einmal durch die Vermögenswachstumssteuer wird es ihnen geschmälert, da ja bis Ende Juni d. J. die Entschädigungssumme noch nicht zur Auszahlung gelangt ist.

Die Maßnahmen gegen die Lebensmittelverknappung.

Die heutigen Radiobotschaften aus Amerika besaßen sich einsehend mit der schwierigen Lage, die durch die hohen Preise und den Eisenbahnerstreik entstanden ist. Das „New York Tribune“ teilt mit, der stellvertretende Präsident der Arbeiterorganisation der amerikanischen Eisenbahner, T. G. Brown, habe dem Präsidenten Wilson erklärt, die organisierten Arbeiter hätten keine Sympathie mit seiner Politik, der schwierigen Lage durch weitere gesetzliche Maßnahmen abzuhelfen. Er verleihe von verschiedenen Seiten, daß der Rohstoffmangel, der sich mit den hohen Lebensmittelpreisen verbindet, wahrscheinlich als Hauptursache der Verknappung angesehen werden kann, für den den Bauern 2 Dollar 26 Cent garantiert worden sind, den Wählern zu billigeren Preisen, vielmehr um 50 Prozent billiger verkauft werden soll.

Die Kohlennot.

Unter Vorsitz des Reichsministerspräsidenten Bauer fand Mittwoch vormittag 10 Uhr in der Reichskanzlei zwischen Vertretern der beteiligten Reichs- und Staatsministerien, sowie einer Anzahl Vertreter der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Besprechung über die Möglichkeit der Erhöhung der deutschen Steinkohlenproduktion statt. Von sämtlichen Rednern wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen. Starke Eindruck machten insbesondere Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers. Er betonte, daß schon jetzt, durch den großen Rückgang der Produktion eine Kohlenkrise herrsche, die sich zunehmend verschärft habe und drohe, das Verkehrswesen wie auch die Industrie lahmzulegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für acht bis neunzehn Tage; es müsse ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, den Personenverkehr wiederum stark einzuschränken.

Über jetzt scheint der Zeitpunkt herangerückt, an dem diese Millionen den Destillateuren zugesandt werden sollen. Im Haushaltsfinanzministerium wird bereits über die Ausschüttungsbestimmungen mit den Interessenten verhandelt. Dabei hat aber die Schnapsbändler die Furcht ergriffen, die hohen unabhängigen Einkommen ihnen einen Stich durch ihre schöne Rechnung machen, und diese Deforantis bringen nachstehendes Rundschreiben in ergößlicher Weise zum Ausdruck:

Die Streiks in England.

Sympathieerklärung der Pariser Polizei.
T. U. Amsterdam, 6. August.
In einer am Montag in London abgehaltenen Versammlung hat der Vorsitzende der Pariser Organisation ein Telegramm der Polizei in Paris verlesen, worin diese ihre Sympathie mit den Streikenden bezeugt und sich bereit erklärt, nötigenfalls einen Solidaritätspreis zu zahlen.

Wenn schon jetzt die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als erschwerender Faktor die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von Kohlen an die Entente-Länder hinzu. Wenn auch von Seiten der Alliierten zugegeben worden ist, daß die im Friedensvertrag festgelegte Lieferung von 40 Millionen Tonnen jährlich für Deutschland eine physische Unmöglichkeit ist, so werden sie wahrscheinlich doch auf der Lieferung von ganz erheblichen Mengen Kohle bestehen. Deutschland ist aber verpflichtet und gewillt, diese im Friedensvertrag begründeten Anforderungen zu erfüllen, soweit dies überhaupt im menschlichen Vermögen steht. Eine Einfuhrmöglichkeit von Kohle nach Deutschland besteht nicht, weil auch die Entente-Länder in hohem Maße von der Kohlennot betroffen sind, auch ist nicht ersichtlich, wie eine solche Einfuhr bezahlt werden könnte. Der kommende Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in Hinblick auf das Einfuhrmaterial die einschneidendsten Einschränkungen auferlegen, er wird eine Kohlennot von großer Härte mit unvorhersehbaren Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen.

Verband Deutscher Spiritus- und Splettuosen-Interessenien G. V.
Berlin, 24. Juni 1919.
Rundschreiben an die Herren Mitglieder des Gesamtverbandes, die angeschlossenen Vereine und die Mitglieder der Bezirks- und Unterabteilungen.
Vertraulich!

Man war in der Besprechung allgemein der Ansicht, daß deshalb unter allen Umständen und um jeden Preis alles getan werden müsse, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Aus dem Ansehe der Kammern wurden eine Fülle von Vorschlägen in dieser Hinsicht gegeben. Zur eingehenden Prüfung aller Vorschläge wurde eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kohlenindustrie ernannt, die unter dem Vorsitz des Reichs-Arbeits-Ministers schon Donnerstag früh ihre Arbeit aufnehmen wird.

Sehr geehrte Herren!
In einer Rücksprache mit Herrn Geheimrat Steinlopp habe ich vor einigen Tagen festgestellt, daß von den Ausführungsbestimmungen zum Branntwein-Monopol nurmehr die Mantelverordnung sowie 8 der insgesamt 13 Teilverordnungen den Bundesstaaten zur Begutachtung übersandt worden sind, die übrigen befinden sich im Druck.
Etwas Herr Geheimrat Steinlopp über den Inhalt Auskunft geben konnte, sind unsere Wünsche berücksichtigt worden. So ist zum Beispiel zugelassen, daß freigelegener Teilbranntwein vom Hersteller mit Begleiterscheinung im Freihandverkehr abgesetzt werden darf. Wichtig ist vor allem, daß bei freigelegener Teilbranntwein die Besteuerungsart von 800 M. gegen Steuererstattung so lange gestundet werden kann, bis der jeweilige Teilbranntwein in den freien Verkehr gesetzt wird.

Ganz wie bei uns.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhause erklärte der Herr Lord, daß jeder Versuch, in politischen Fragen, die das gesamte Land betreffen, durch Mittel wie einen Generalstreik der Arbeitgeber, Eisenbahner und Transportarbeiter eine Entscheidung herbeizuführen, das Ende der demokratischen Regierung in England bedeuten würde. Es sei daher die Pflicht der Regierung,

Die Friedensbedingungen werden, wie das nicht anders erwartet werden konnte, das Monopol in keiner Weise gefährden. Entweder wird die Einfuhr ausländischer Spirituosen eingespart oder ganz unterlassen oder wenn das Schwergewicht machen sollte, wird das Monopol in der erforderlichen Weise ergänzt werden, um die Preisstabilität zu sichern. Unter Umständen ist auch die Schaffung eines Importartikels, unter Beteiligung der Monopolverwaltung, jedenfalls denkbar, das Reichsmonopol nicht entfernt davon, von dem Monopol irgend etwas aufzugeben.

Verhüllt der Entschädigung der Destillateure erwartet Herr Geh. Rat St. nur dann Schwierigkeiten, falls die unabhängigen Sozialdemokraten aus Ruher kommen oder auch nur in die Regierung mit einzutreten sollten. Herr Bauer, der dann sicherlich wieder in die Regierung käme, würde aller Voraussicht nach eine Verschärfung des Branntweinmonopols fordern.
Aus diesem Grunde erlaube ich mir nach Rücksprache mit verschiedenen Herren den Vorschlag, die aus den Verteilungsgeldern eingehenden Gelder zum Teil zur Schaffung eines wirklich nenonkonventionellen Konsums zu verwenden, und für diesen Zweck

Verkauf der Antiken... mindestens den Betrag von 2-2 1/2 %...

Es ist leicht möglich, daß das Spirituosenmonopol in nächster Zeit noch einmal einen heftigen Kampf führen muß...

In vorzüglicher Hochachtung Dr. Neumann.

Es soll also ein Kampffonds und zwar ein „wirklich nennenswerter“ zur Bekämpfung der U. S. W. geschaffen werden...

Der Friedensvertrag im Anschluß der französischen Kammer.

Genehmigung des Generalberichts.

Verfaßt, 6. August.

Der Friedensbeschluß der französischen Kammer wurde gestern während drei Stunden im Generalbericht...

Der Bericht beginnt mit einer historischen Darstellung der diplomatischen Ereignisse vom Tode von Serajewo an...

Man hat sich schon oft, wohl berechtigtes Gegenüber die Friedensbedingungen...

Lebendiger als die Gebietsfragen stellt Verfasser fest, daß der Vertrag auf diesem Gebiete ein Werk des Rechts und der Gerechtigkeit sei...

Der Verzicht auf die Schiedsrichterschaft als Bedingung der Einigung ist ein Schritt...

Zum Schluß legt Verfasser, der Vertrag von Versailles lasse, daß seine Grundzüge...

Die Beratungen in Italien.

Vern, 5. August.

Der italienische Ausschuss für den Friedensvertrag verlangte von der Regierung...

Die Gegenrevolution in Ungarn.

Wiederherstellung der Kapitalherrschaft.

Berlin, 6. August.

Nach amtlicher Mitteilung aus Budapest hat der ungarische Minister des Innern...

- 1. Das Privateigentum der In- und Ausländer wird von der Regierung respektiert. 2. Den Inhabern und Begünstigten wird wieder freie Verfügung über ihre Wertdepots...

In den nächsten Tagen wird die Regierung mit dem Aufbau der Sozialisierung im allgemeinen beginnen...

4. Nach Wiedereinrichtung gesetzlicher Justizbehörden wird durch besondere Verfügung für die Entschädigung...

Entensverhandlungen in Budapest.

H. N. Wien, 6. August.

Wie die „Mittepost“ meldet, wurden gestern abend, 5. in die letzten Ratskammer Verhandlungen...

Eine Sonderkommission der Alliierten.

Verfaßt, 6. August.

Der Oberste Rat der Alliierten beschloß gestern, eine Sonderkommission von vier Generalen nach Budapest zu schicken...

Invidia gegen Rumänien.

H. N. Wien, 6. August.

Wie die „Zeit“ meldet, ist die amerikanische Regierung bei dem rumänischen Oberkommando wegen Invidie...

die solches Mißgeschick erwachsen. Dagegen Auffassung über die Forderungen...

Wie englische Erklärung zu Erzbergers Forderungen.

T. U. Amsterdam, 6. August.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhause sagte Lord Curzon...

Man wird gegenüber dieser Forderung höchst ungenauen Formulierung...

Selbst die „Kreuzzeitung“ glaubt sich zu Zurückhaltung verpflichtet, besonders auch, da bei uns Ueberlegungsfehler...

Dallwitz.

In Karlsruhe hat der frühere preussische Minister des Innern, der spätere Statthalter von Ostpreußen, von Dallwitz...

Ungarn auferlegten Waffenstillstandsbedingungen eingeleitet und hat mit dem Einsetzung aller Zusätze nach Rumänien gedrängt.

Aufhebung der Blockade.

Verfaßt, 6. August.

Nach einer Radiomeldung soll der Oberste Rat der Alliierten die Blockade Ungarns aufgehoben haben.

Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen unmöglich.

H. N. Wien, 6. August.

Die „Zeit“ meldet aus Budapest: Die ungarische Regierung stellt sich auf den Standpunkt der passiven Resistenz...

Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung.

Wien, 6. August.

Die Blätter melden aus Budapest: Die Verhandlungen mit bürgerlichen Politikern führten bisher zu keinem Ergebnis...

Gestern abend sind französische Truppen in Budapest eingezogen...

Die Rumänen wollen nicht geplündert haben.

H. N. Budapest, 6. August.

Das rumänische Pressebureau meldet: Die rumänische Heeresleitung veröffentlicht ein Kommuniqué...

Die „Zeit“ meldet aus Budapest: Die rumänische Soldaten haben im Verein mit dem losgelassenen Böbel die öffentlichen Gebäude geplündert...

Die „Zeit“ meldet, ist die amerikanische Regierung bei dem rumänischen Oberkommando wegen Invidie...

Ein Spiegelbericht.

Wie die Frankfurter Zeitung zu melden weiß, soll Herr von Daele in einem Kreis von vertrauten Parteigenossen erklärt haben...

Die Judenpogrome in der Ukraine.

Wie Meldung auf die letzten Warschauer Meldungen über Judenpogrome in der Ukraine behauptet...

Die Friedenspolitik des amerikanischen Obersten... Bericht des Landeskommisars...

Die Arbeiterräte und die Verfassung.

Genosse Karmen (Halle a. S.) hielt am 21. Juli bei der Beratung über das Vorkriegsrecht in der Deutschen Nationalversammlung die nachstehende Rede:

Meine Damen und Herren! Endlich haben wir vor der anwesenden „Reinigung der Räte“ in der Verfassung, es war am 6. März, als die Vertreter des mitteldeutschen Generalkreises... (text continues)

Es gibt augenblicklich zwei sehr verschiedene Schichten von Arbeitern.

Die proletarische Arbeiterschaft aus der Zeit vor dem Krieg, die 2 1/2 Millionen gewerkschaftlich und die 1 Million politisch organisierte Arbeiter... (text continues)

Die große Schicht der Angehehenen

In eine neue Bewegung eintreten. Zunächst haben die Räte beim mitteldeutschen Generalkreis gegen und gegen, sie... (text continues)

Bevölkerungszahl in den Altersgrenzen von 20-30 Jahren.

Diese Volksgemeinschaft haben fünf Jahre vor hinter sich. Bei Kriegsausbruch waren sie zwischen 24 und 17 Jahre... (text continues)

Überhaupt als Nationalversammlung zusammzutreten.

Denn es waren ja die durch die Arbeiter- und Soldatenräte... (text continues)

Soldatenräte aufzugeben. Sie (zu den Rechtssozialisten) haben diesen Arbeiterräten auf dem ersten Nationalkongress jedes Recht abgesprochen... (text continues)

die proletarische Demokratie.

Wir wollen die reine Demokratie in der Volksherrschaft. Die politische Demokratie, wie Sie sie jetzt haben, ist dadurch... (text continues)

Erst wenn wir den Vertretern die Nationen, in die sich die Reichsparteien noch immer zurückziehen... (text continues)

Deswegen ist der Vorschlag, den uns die Regierung vorgelegt, als unannehmbar. (Sehr richtig bei den U. Sog.)... (text continues)

Befreiung der Arbeiterklassen nicht nur das Werk der Arbeiterräte selber sein kann,

und jede Verkuppelung, die Sie mit den Unternehmern vornehmen, verwirrt dieses Prinzip. Das haben wir... (text continues)

Die Arbeiter und Angehehenen in den Betriebsräten wählen Betriebsräte.

Die Betriebsräte sitzen an der Leitung entscheidend mit und haben die Sozialisierung zu fördern. Damit nun aber nicht wieder... (text continues)

politischen Arbeiterräte

zu sprechen gekommen. Wir werden darüber in unserem Antrag: Die von den Arbeitern und Angehehenen... (text continues)

es unmöglich, mit Unabständigkeit an die Tätigkeit der bisherigen Arbeiterräte zu denken. Wenn wir uns in unserem Antrag vorläufig mit der Kontrolle befassen und nicht weitergehen... (text continues)

die Vereinigung von Verwaltung und Gesetzgebung

herbeizuführen, die Legislative und Exekutive in einer Hand zu verantern. Das ist die höhere Form der Demokratie... (text continues)

Diktatur des Proletariats

kommen. (Laut: Zustimmung!) Nachdem, der im Dezember noch für die Nationalversammlung... (text continues)

Das Rätesystem ist und die Befreiung des Proletariats,

das Rätesystem wird und die Diktatur des Proletariats sichern und nur dadurch werden wir... (text continues)

Nachdem erscheint

haases Anklagerede in der Nationalversammlung zu Weimar Preis 50 Pfg. Bestellungen richte man sofort an die Verlagsgenossenschaft 'Freiheit' 6. m. v. h., Paritz NW. 6. Abt. Buchhandlung, Schindlerstr. 10.

